
These 25

Noch sind nicht alle Folgen der vierzigjährigen sozialistischen Planwirtschaft überwunden. Durch Engagement und Solidarität in ganz Deutschland ist heute in vielen Regionen der wirtschaftliche Aufschwung sichtbar. Die Soziale Marktwirtschaft hat sich bewährt und ist gerade in Zeiten von Krisen zu bewahren. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt unsere größte Herausforderung.

— . — . —

Erfolgsmodell Soziale Marktwirtschaft

David Gregosz

Im Herbst 2009 jährt sich die friedliche Revolution in der DDR zum zwanzigsten Mal. Sie speiste sich auch aus der ökonomischen Rückständigkeit und der daraus resultierenden Unzufriedenheit mit dem SED-Regime und bewirkte am 9. November 1989 die Öffnung der innerdeutschen Grenze. Ein knappes Jahr später führte sie zur Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten am 3. Oktober 1990. Als politische Wegmarken sind beide Daten untrennbar mit der Wiedervereinigung verbunden, die politisch, historisch und kulturell als „Glücksfall“ bezeichnet werden kann.

Nicht selten gerät allerdings ein weiteres wichtiges Datum in Vergessenheit, das gerade aus ökonomischer Perspektive höchst relevant ist. Am 18. Mai 1990 kam es zur Unterzeichnung des Staatsvertrages über eine gemeinsame Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, deren Rahmenbedingungen den „Aufbau Ost“ entscheidend prägen sollten und den wirtschaftlichen Entwicklungsprozess bis in die

Gegenwart beeinflussen. Mit diesem Vertrag wurde die Soziale Marktwirtschaft erstmals rechtsverbindlich als Wirtschafts- und Sozialmodell der Bundesrepublik Deutschland verankert und als Grundlage für die weitere wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung auch in der ehemaligen DDR eingeführt. Auch dieser Vorgang lässt sich im Nachhinein als „Glücksfall“ interpretieren, schließlich gelang die Zusammenführung gegensätzlicher Wirtschaftssysteme binnen kürzester Zeit – wenn auch mit Schwierigkeiten. Damals entstandene Probleme dürfen allerdings nicht verwundern, schließlich bildete das „realsozialistische“ Modell der DDR mit seinen Eckpfeilern „Zentralsteuerung“ und „Kollektiveigentum“ den Gegenentwurf zur Sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik, die auf Eigenverantwortung, Leistungs- und Teilhabegerechtigkeit, Wettbewerb und Subsidiarität der sozialen Sicherung setzt. Die ordnungspolitische Grundentscheidung gegen eine dezentrale Koordinierung von Transaktionen und gegen Wettbewerb war nicht nur ein Beleg für das tiefe Misstrauen des DDR-Regimes gegenüber den Menschen, es erklärt aus ökonomischer Perspektive auch, warum der Osten nie das Wohlstandsniveau Westdeutschlands erreichen konnte und am Ende – zwangsläufig – das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft übernahm.

In den Jahren 1989/1990 waren sich Ökonomen allerdings uneinig, wie die ostdeutsche Wirtschaft den Schock der Übertragung neuer institutioneller Arrangements (samt neuer Währung) verkraften und in welchem Zeitraum der Transformationsprozess hin zu einer marktwirtschaftlichen Ordnung gelingen würde. Heute weiß man, dass dieser Anpassungsprozess beschwerlicher verlief, als viele Optimisten (auch in den Reihen der damaligen Bundesregierung) annahmen. Und der Angleichungsprozess dauert an. Freilich kann an dessen Ende mit Blick auf die Heterogenität einzelner Regionen keine vollständige Angleichung der Lebens-

verhältnisse stehen. Die zentrale Aufgabe besteht eher darin, ostdeutsche Regionen aus eigener Kraft handlungsfähig zu machen und noch stärker an vergleichbare Regionen in den alten Ländern anzunähern. Doch diese Erkenntnisse sollten den Blick auf das bisher Erreichte nicht verstellen. Immerhin vollzog sich die wirtschaftliche und soziale Modernisierung Ostdeutschlands (Verbesserung der Ernährungssituation, der medizinischen Versorgung, der Wohnverhältnisse, des Lebensstandards, der Konsummöglichkeiten etc.) innerhalb weniger Jahre. Die „alte“ Bundesrepublik hatte dafür Jahrzehnte benötigt. Einige Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang von einer „Wohlstandsexplosion“. Die Soziale Marktwirtschaft bot dafür eine adäquate Rahmenordnung, wie sich am einsetzenden Gründerboom nach dem Fall der Mauer belegen lässt.

Die Bereitschaft vieler Menschen im Osten, unternehmerisch tätig zu werden und Eigenverantwortung zu übernehmen, war groß. Nach dem Abstreifen planwirtschaftlicher Fesseln – ein Vorgang, der zunächst mit einer ökonomischen Abschwungphase verbunden war – entfachte die Soziale Marktwirtschaft neue Dynamik. In der Folge bildete sich in den letzten zwanzig Jahren eine wettbewerbsfähige Unternehmerschicht heraus, die in kleinen und mittleren Unternehmen die Mehrzahl der Arbeitnehmer beschäftigt. Der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft ist letztlich auch zu verdanken, dass die vereinigungsbedingten Kosten in Höhe von etwa 1,6 Billionen Euro netto (1990 bis 2009) durch die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands geschultert werden konnten. Fasst man die beiden zurückliegenden Dekaden nüchtern zusammen, lässt sich bezogen auf die wirtschaftliche Situation konstatieren: „Zwanzig Jahre nach dem Mauerfall liegt das BIP je Einwohner im Osten bei etwa zwei Drittel des westdeutschen Niveaus, die Produktivität in etwa bei drei Viertel. Dennoch hat sich das materielle Lebensniveau wei-

ter Bevölkerungskreise in Ost- und Westdeutschland dank kontinuierlich fließender Transfers in etwa angeglichen.“ – so Klaus Schroeder.

Trotz positiver Entwicklungen wurden viele Erwartungen enttäuscht, die sich mit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft verbanden. Diese Enttäuschungen führten zu einer sich ausbreitenden Unzufriedenheit, die sich teilweise in der Ablehnung der marktwirtschaftlichen Ordnung äußert. Um diese Ablehnung zu überwinden, ist es wichtig, die Fortschritte und Leistungen im Wiedervereinigungsprozess zu kommunizieren. Gleichzeitig sollte stets an die desolate Ausgangslage der DDR-Wirtschaft erinnert werden. Sechs Punkte bleiben im zwanzigsten Jahr des Mauerfalls festzuhalten:

Erstens: Die Standortbedingungen (z. B. Telekommunikation, Straßen, Schienen) in Ostdeutschland haben sich in den zurückliegenden Jahren deutlich verbessert. Defizite in der Infrastrukturausstattung liegen vor allem noch in der Anbindung einiger Regionen an das überregionale Verkehrsnetz und auf kommunaler Ebene (u. a. im Bereich Wasser/Abwasser).

Zweitens: Auf regionaler Ebene haben sich vielfach erfolgversprechende Wirtschaftsstrukturen herausgebildet. Charakteristisch sind sektorale Spezialisierungen, die mit Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen sowie innovativen Aktivitäten einhergehen. Freilich darf nicht übersehen werden, dass auch die erfolgreichen ostdeutschen Regionen (z. B. Dresden, Jena, Eisenach, Berliner Umland) bei den ökonomischen Kennziffern (u. a. Arbeitslosigkeit, BIP, Patentanmeldungen) noch einen Rückstand zu den westdeutschen Durchschnittswerten aufweisen.

Drittens: Der sektorale Strukturwandel ist vorangeschritten, muss sich aber weiter fortsetzen. Für die zukünftige Entwicklung wird es entscheidend sein, dass die

Industrie als wichtiger Impulsgeber für andere Branchen, vor allem für hochwertige, unternehmensnahe Dienstleistungen, weiter wächst und gesamtwirtschaftlich an Stärke gewinnt.

Viertens: Die ostdeutsche Wirtschaft weist noch immer einen erheblichen Produktivitätsrückstand auf. Ursächlich dafür ist die durch kleine und mittlere Betriebe geprägte Unternehmensstruktur und das Fehlen von Großunternehmen, die in den Neuen Ländern nicht nur Produktionsstätten unterhalten, sondern Ostdeutschland auch als Standort für Forschung und Entwicklung sowie Leitfunktionen nutzen.

Fünftens: Das Ziel einer selbsttragenden Entwicklung der neuen Länder ist trotz erheblicher Fortschritte noch nicht erreicht. Gradmesser sind die hohen Transferleistungen, die jedes Jahr nach Ostdeutschland fließen. Die Netto-transfers betragen derzeit rund 80 Milliarden Euro jährlich. Mehr als die Hälfte davon entfallen auf Sozialleistungen wie Kindergeld, Arbeitslosengeld und Renten. Sie sind Folge der Rechtseinheit. Direkte Aufbauleistungen wie vor allem Wirtschaftsförderung und Infrastrukturausbau machen weniger als ein Fünftel aus. Die Transfers haben eine besondere ökonomische Bedeutung, da sie knapp einem Drittel der ostdeutschen Inlandsnachfrage entsprechen und damit die regionale Wirtschaft stützen.

Sechstens: Die Situation auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt hat sich aufgrund der Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre zwar deutlich verbessert, bleibt aber unbefriedigend. Die Arbeitslosenquote liegt im ostdeutschen Durchschnitt nach wie vor doppelt so hoch wie der westdeutsche Wert. In der Bekämpfung dieses Phänomens liegt auch zukünftig die größte Herausforderung, der sich die ostdeutschen Bundesländer durch Innovations-, Investitions- und Infrastrukturförderung stellen müssen.

Die nach wie vor existenten wirtschaftlichen Probleme des Transformationsprozesses nach dem Mauerfall resul-

tieren in erster Linie aus jahrzehntelanger Misswirtschaft im SED-Staat. Nicht selten wird verdrängt, dass die DDR veraltete Betriebsstätten, eine kaum mehr funktionsfähige öffentliche Infrastruktur, einen maroden baulichen Zustand der Städte und erhebliche Umweltverschmutzungen in das neue Staatswesen einbrachte. Dass aus dieser Konstellation trotz massiver staatlicher Förderung kein neues deutsches „Wirtschaftswunder“ entstehen konnte, liegt bei realistischer Betrachtung auf der Hand. Gleichzeitig wird rückblickend aber auch deutlich, „in welchem Maße ostdeutsche Unternehmen zusätzlich zu ihren schlechten Ausgangsbedingungen durch die gewählte 1:1-Währungsumstellung und vor allem durch massive Lohnerhöhungen unmittelbar vor und nach der Vereinigung in ihrer Wettbewerbsfähigkeit schwer beeinträchtigt wurden.“

Doch gab es in der damaligen Situation überhaupt eine Alternative zu dem eingeschlagenen Weg? Vermutlich nicht, schließlich stand die Regierung Kohl unter enormem Handlungsdruck. Zum einen galt es, die historische Chance einer Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten entschlossen anzugehen. Gerade vor dem Hintergrund der außenpolitischen Unsicherheit über den weiteren Kurs der UdSSR. Zum anderen musste sehr rasch eine Angleichung der wirtschaftlichen Verhältnisse in den neuen Bundesländern an das westdeutsche Niveau gelingen, um den Abwanderungsdruck von Ost- nach Westdeutschland in Grenzen zu halten. Aus ökonomischer Perspektive mögen dabei hohe Risiken eingegangen worden sein. Aber eine Verengung auf wirtschaftspolitische Fragestellungen hätte zum damaligen Zeitpunkt möglicherweise fatale Folgen gehabt. Das schmale Zeitfenster für die damals getroffenen politischen Entscheidungen ist auch zu berücksichtigen, wenn heute kritisiert wird, dass ein grundlegender Fehler des wirtschaftlichen Vereinigungsprozesses die unveränderte Übertragung des westdeutschen Ordnungsrahmens

auf die neuen Länder gewesen sei. Zweifelsohne hat dieser – auf ein hochentwickeltes Industrieland – zugeschnittene Rechtsrahmen die Entwicklung in Ostdeutschland mitunter behindert, jedoch galt es 1990 überhaupt erstmal einen funktionsfähigen Rechtsrahmen zu schaffen, der auf Basis der Wettbewerbswirtschaft Freiheit, wirtschaftliche Leistung und sozialen Ausgleich verbindet.

Die Soziale Marktwirtschaft war die richtige Antwort, um die marode Mangelwirtschaft der DDR in eine zukunfts- und wettbewerbsfähige Wirtschaftsordnung zu transformieren. Daran ändert auch Kritik an Einzelaspekten der Wiedervereinigungspolitik (etwa die Finanzierung der Einheit durch Sozialversicherungskassen und Bundessteuern) nichts. Auch ist eine Verklärung der DDR angesichts der wirtschaftshistorischen Faktenlage völlig verfehlt. Im Jahr 2009 geht es nun darum, gesamtdeutsche Herausforderungen anzugehen, z. B. die Verschuldungssituation der öffentlichen Haushalte zu entschärfen, Wachstumskräfte zu stärken, Teilhabeberechtigung zu sichern und die richtigen Schlüsse aus der Finanz- und Wirtschaftskrise zu ziehen. Der verengende Blick auf das innerdeutsche Ost-West-Gefüge sollte langsam in den Hintergrund treten. Insbesondere die gegenwärtige Wirtschaftskrise macht deutlich, wie wichtig es ist, die Soziale Marktwirtschaft Erhard'scher Prägung ernst zu nehmen. Diese Krise ist gerade kein Resultat der Sozialen Marktwirtschaft, sondern erwuchs aus der Missachtung ihrer grundlegenden Prinzipien (z. B. Geldwertstabilität, Haftung).

Literatur

Ragnitz, Joachim / Scharfe, Simone / Schirwitz, Beate: Bestandsaufnahme der Wirtschaftlichen Fortschritte im Osten Deutschlands 1989–2008. Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. – Dresden: Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Niederlassung Dresden, 2009.

Schroeder, Klaus: Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall – eine Wohlstandsbilanz. Gutachten für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. – Berlin: Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität Berlin, 2009.

Schroeder, Klaus: Die veränderte Republik. Deutschland nach der Wiedervereinigung. – München: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2006.